

## SAMMELSURIMUM

### AN VORDERSTER FRONT...

... war Deutschland während der Fußball-Europameisterschaft in Österreich und der Schweiz vor allem in Gestalt seiner PolizistInnen aktiv. Nachdem das sogenannte Sicherheitskonzept zur WM in Deutschland 2006 – verbunden mit teilweise massiven Grundrechtseinschränkungen – so „gut“ funktioniert hatte, wollte man den Deutschen nacheifern, sagte Beat Hensler, der Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz. Da bot es sich an, gleich 1.700 BeamtInnen aus dem Nachbarstaat Deutschland einzuladen. Diese waren mit den gleichen Befugnissen wie die einheimischen OrdnungshüterInnen ausgestattet und beteiligten sich auch an Festnahmen.

Ursprünglich war im Gespräch gewesen, die deutschen PolizistInnen nur bei gefährlichen Sondereinsätzen, sprich bei schweren Ausschreitungen, einzusetzen. Als dies von deutscher Seite dementiert wurde, zeigte sich Hensler verwundert: „Dass die Deutschen auch konfliktlösend auftreten wollen, höre ich zum ersten Mal“, sagte er. Letzten Endes konnte man sich doch noch einigen – „denn unsere Beamten können beides: deeskalieren und beherzt eingreifen“, wie der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, verkündete.

Insgesamt waren allein in der Schweiz während der EM bis zu 50.000 Sicherheitskräfte im Einsatz. Neben PolizeibeamtInnen und privaten Sicherheitsdiensten war auch die Schweizer Armee mit 15.000 Soldaten beteiligt. Das eigens für das Großereignis eingerichtete „Police Information and Coordination Center“ erstellte laufend mehr oder weniger realistische Lagebilder über gefährliche Orte und Personengruppen. Dabei stand ihm eine Unmenge von Infomaterial zur Verfügung, indem es auf Datenbanken aus Deutschland und einigen anderen europäischen Staaten sowie von Europol zurückgreifen konnte.

Unterdessen konnten sich der daheimgebliebene Teil der deutschen Polizei nur bedingt dem nationalen Fußballfieber hingeben. Die Berliner Polizei durfte laut einer Dienstanweisung nicht mit schwarz-rot-goldenen Flaggen am Auto auf Streife gehen – zur Wahrung der Neutralität. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis, der sich gern als besonders bewusster Patriot hervortut, bezeichnete dies denn auch als „kleinkariertes Denken“. (ml)

### GRUNDRECHTE-REPORT 2008

Wenn es um staatliche Sicherheitspolitik im Jahre 2007 geht, wird man sich schnell an das schöne Ostseebad Heiligendamm erinnern. Die Proteste rund um den G 8-Gipfel waren für die staatlichen Behörden ein willkommenes Experimentierfeld, um neue Aktionsformen jenseits der rechtsstaatlichen Grenzen zu testen. Nicht überraschend ist es daher, dass sich auch der neue Grundrechtreport, der jährlich gemeinsam mit acht weiteren Bürgerrechtsorganisationen vom Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen herausgegeben wird, gleich mit mehreren Beiträgen den Ereignissen im Mai und Juni letzten Jahres widmet. Massive Grundrechtseinschränkungen waren und sind aber

auch in anderen Teilen des Landes an der Tagesordnung. Davon sind in besonderer Weise die zahlreichen Menschen betroffen, die sich ohne Papiere und legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland aufhalten und keinen Zugang zu den elementarsten Rechten haben. Die Vorratsdatenspeicherung und die Online-Durchsuchung haben die Sicherheitspolitik in eine neue Dimension geführt. Weitere Beiträge im neuen Grundrechtreport widmen daneben sich den Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen, der exzessiven Anwendung des § 129a des Strafgesetzbuches und dem Thema Studiengebühren. Sehr informativ und lesenswert! (ml)

*Till Müller-Heidelberg u.a. (Hrsg.), Grundrechtreport 2008 - Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 2008, 256 S., 9,95 €.*



Foto: mw boeckmann

### „LINKE JURISTEN IN DER WEIMARER REPUBLIK“

Rechtstheorie und verfassungspolitische Diskussionen in der Weimarer Republik sind nach wie vor von Interesse. Die Fragestellungen beziehen sich zumeist entweder auf die Frage, in wie weit Rechts- und Verfassungstheorien bereits Entwicklungen des 3. Reichs vorweg nahmen, oder welche – mittlerweile meist vergessenen – Schätze an demokratischer und emanzipatorischer Rechtstheorie noch gehoben werden können.

Im Buch wird die Zuordnung zur „Linken“ nicht anhand der Auseinandersetzung zwischen Positivisten und Antipositivisten vorgenommen. Mit „linken“ Juristen meinen die Autoren zumeist der Sozialdemokratie nahe stehende Wissenschaftler. Der Herausgeber weist richtiger Weise darauf hin, dass es ein Fehler wäre, heutige Debatten auf die Weimarer Republik zurück zu projizieren.

Insgesamt geben die 12 Beiträge des Bandes einen guten Überblick über die Entwicklung der Theorien sowie deren zeitgenössischen intellektuellen Kontext. Betrachtet werden vor allem die Ansätze der einzelnen Theoretiker zu Grunde liegenden Vorstellungen von Demokratie und demokratischer Gestaltung der Gesellschaft. Die Beiträge zeigen, wie viele interessante Denker zu der Zeit unterwegs waren. Spannend bleibt die Frage, wie sich einzelne Ansätze auch für aktuelle Diskussionen fruchtbar machen lassen könnten. (Thilo Scholle)

*Manfred Gangl (Hrsg.), Linke Juristen in der Weimarer Republik, Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 2003, 332 Seiten, 49,80 €.*

### 40 JAHRE „KRITISCHE JUSTIZ“

Und nochmal feiern, und zwar mit der Kritischen Justiz, der wir zum 40jährigen Jubiläum gratulieren können! Unter dem Motto „1968 im Recht“ findet aus diesem Anlass am 25. Oktober im Gästehaus der Universität Frankfurt a.M. ein internationaler Workshop statt, um zurück- und nach vorn zu blicken. Referiert und diskutiert wird u.a. über die Rechtskritik der Geschlechterverhältnisse und das kritische Potenzial der Bundesverfassungsgerichts. Weitere Infos: [www.kj-online.de](http://www.kj-online.de). (ml)